

Stadt Haan

Niederschrift über die

1. gemeinsamen Sitzung des BSA und UMA der Stadt Haan

am Mittwoch, dem 11.06.2025 um 17:01 Uhr

in der Mensa der städtischen Gesamtschule Haan, Walder Str. 15

Beginn:
17:01

Ende:
18:26

Vorsitz

Stv. Vincent Endereß
Stv. Annegret Wahlers

CDU-Fraktion

AM Robert Abel
Stv. Annette Braun-Kohl
Herr Dr. Thomas Bremen
AM Brigitte Heuser
Stv. Tobias Kaimer
AM Manfred Kupke
AM Johannes Woike

BSA
BSA
Vertretung für Stv. Leonhardt

Vertretung für AM Rosendahl

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Jörg Dürr
Stv. Martin Haesen
Stv. Simone Kunkel-Grätz

Vertretung für AM Niklaus

WLH-Fraktion

AM Ernst Adam
AM Sascha Bornträger
Stv. Meike Lukat
Stv. Sonja Lütz

BSA

Vertretung für Stv. Nadine Lütz

GAL-Fraktion

AM Uwe Elker
Stv. Nicola Günther
Stv. Tabea Haberpursch
AM Corinna Heindl
Stv. Andreas Rehm
Stv. Elke Zerhusen-Elker

BSA
BSA
BSA
Vertretung für AM Pieper

FDP-Fraktion

Stv. Hendrik Sawukaytis

Vertretung für AM Raabe

Schriftführung

VA Fabian Beyer

beratende Mitglieder

Frau Ursula Bürger

BSA

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Vertretung für Dr. Brockmeyer

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Techn. Dezernent

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

TA Guido Mering

StOAR'in Astrid Schmidt

TA Jan Schneider

Frau Anja Klöckener

Vertreter der Schulen

AM Christian Hoffmann

BSA

AM Bernhild Kurosinski

BSA

AM Marcus Weikämper

BSA

Gäste

AM Jörg-Uwe Pieper

Frau Miriam Schwedler

Die Vorsitzende Annegret Wahlers eröffnet um 17:01 Uhr die 1. gemeinsame Sitzung des BSA und UMA der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie bittet die Ausschüsse um eine Gedenkminute für den verstorbenen AM Klaus Lukat.

Im Anschluss nimmt sie die Verpflichtung von Corinna Heindl (GAL-Fraktion) vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmitteilungen vor.

2./ Schulwegeplanung

Protokoll:

Die BSA-Vorsitzende **Stv. Wahlers** begrüßt Fr. Miriam Schwedler vom Planungsbüro bueffee, die in der Folge durch eine Präsentation (Anlage 1) zur Schulwegeplanung in Haan führt.

Stv. Braun-Kohl fragt, ob es sich bei den vorgestellten Ergebnissen um den Mittelwert aus ca. 30.000 befragten Schulen bundesweit handle. Des Weiteren erbittet sie eine zeitliche Einschätzung des weiteren Projektablaufes.

Fr. Schwedler legt dar, dass es sich um ein bundesweites, aber nicht repräsentatives Mittel handle. Den weiteren Projektlauf bittet sie bei der Verwaltung zu erfragen.

Stv. Zerhusen-Elker möchte wissen, warum bei Grundschulern die Eltern den Fragebögen ausgefüllt hätten und ob dies Einfluss auf die Ergebnisse gehabt habe. Auch fragt sie, warum die Schüler/Innen der Waldorfschule nicht berücksichtigt worden seien.

Fr. Schwedler legt dar, viele Fragen seien für Grundschüler noch zu komplex. Man habe einige „geschönte“ Elternantworten erhalten.

StOAR Schmidt erklärt, dass die Waldorfschule zu einem nicht unerheblichen Anteil

von auswärtigen Schüler_innen besucht werde und daher eine Befragung nicht wirklich sinnvoll gewesen wäre. Es sei nur möglich, die Schulwege in Haan sicher zu gestalten. Auf dem Gebiet der Stadt Haan profitieren davon auch die Waldorfschüler_innen.

Auf den Einwurf des **Stv. Rehm**, auch die Waldorf-Schüler/Innen hätten einen Schulweg zu bewältigen, erklärt **StOAR Schmidt**, dass sich auch für die ÖPNV-nutzenden SuS der Waldorfschule der Schulweg mit dem zur GGS Gruiten nahezu deckt, was auch die definierten Problemstellen zeigen. Insofern wird auch die Waldorfschule aus Sicht der Verwaltung ausreichend berücksichtigt.

Stv. Lukat fragt, ob die Waldorfschule noch nachträglich in die Meinungsbildung miteinbezogen werden könne. Es solle keine Schule ausgeschlossen werden.

StOAR Schmidt erklärt, dass das Büro Bueffee im Rahmen eines ergänzenden Auftrags mit überplanmäßig bereitzustellenden Haushaltsmitteln sicherlich eine Befragung, Auswertung etc. durchführen würde. Sollte dies gewünscht sein, braucht es hierzu einen entsprechenden Beschluss. Aus Sicht der Verwaltung erscheint dies aufgrund der bereits dargelegten Gründe entbehrlich. Es gebe keine Diskrepanz zur GGS Gruiten, da beide Schulen unmittelbar benachbart lägen.

Stv Sawukaytis möchte wissen, ob bei der Befragung eine Rolle gespielt habe, ob die Kinder ihren Schulweg allein oder in der Gruppe bestreiten.

Fr. Schwedler räumt ein, dass dies Auswirkungen auf das Ergebnis haben könne, die Frage aber noch mal hätte aufgesplittet hätte werden müsse. Dies könne die Rücklaufquote negativ beeinflussen.

Stv. Günther thematisiert das Verhalten der Eltern, die ihre Kinder auf dem Fußweg begleiten und sieht Probleme bei der Entwicklung der Selbständigkeit.

Fr. Schwedler erklärt, das Problem der insbesondere in Autos wartenden Eltern sei bekannt.

Stv. Blossy erkundigt sich, wie viele Hol- und Bringzonen eingerichtet würden.

Fr. Schwedler informiert, dass pro Schule 3-4 Hol- und Bringzonen aufgeteilt nach Himmelsrichtungen vorgeschlagen werden.

Stv. Zerhusen-Elker würde gerne die Schulwege für die Eltern-Taxen sperren.

Fr. Schwedler legt dar, die StVO decke ein solches Handeln durchaus. Eine fachtechnische Untersuchung sei aber nicht im Auftragsumfang enthalten gewesen.

AM Elker fragt nach der zeitlichen Dimension der Umsetzung.

Techn. Dez. Horst führt aus, zunächst gehe es um die Konzepterstellung. Ferner sei zwischen konsumtiven und investiven Maßnahmen zu unterscheiden. Ein kurzfristiger Heckenschnitt z.B. sei im Rahmen der Pflegeintervalle möglich, es sei allerdings auf die bereits heute geringen Ressourcen hingewiesen. Nicht alles Wünschenswerte sei

auch umsetzbar. Investive Maßnahmen unterlägen aufgrund der Haushaltsrelevanz personal- und finanzbedingten Einschränkungen. Es gehe ferner regelmäßig um eine Abwägung, weil die Anliegen vieler Verkehrsteilnehmer zur berücksichtigen seien.

Stv. Günther fragt nach dem Ansinnen, Schulstraßen an den Zufahrten zu den Grundschulen Don Bosco und Unterhaan einzurichten.

StOAR Schmidt erklärt, für Schulstraßen sei zu den Stoßzeiten am Vor- und Nachmittag eine temporäre Sperrung mithilfe von Baken erforderlich. Die Umsetzung scheitere derzeit leider an fehlenden personellen Ressourcen.

Bgo. Herz verliest einen Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Stv. Blossy bittet seitens der SPD-Fraktion darum, das Konzept so auszugestalten, dass auch die teuren bzw. aufwändigen Maßnahmen aufgeführt würden und die Politik diese priorisieren könne.

Stv. Haesen bittet um die Einbindung von JuPa und KiPa.

Nach einer kurzen Verständigung darüber, dass die Fachverwaltung doch Vorschläge zur Priorisierung machen solle, formuliert **Stv. Endereß** einen zusätzlich in den Beschlusstext aufzunehmenden Passus.

Die Verwaltung verliest den einvernehmlichen Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der Problemanalyse ein Konzept für die Verbesserung der Sicherheit der Schulwege zu entwickeln und einen Vorschlag für eine Priorisierung der Maßnahmen zu machen. Die Ergebnisse für die GGS Gruitzen werden gemeinsam mit der Waldorfschule überprüft, ggfs. ergänzt und im Konzept berücksichtigt. Die Unterlagen der Firma Bueffee werden nachgereicht. Das Konzept wird KiPa, JuPa und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt und ist zu den Haushaltsplanberatungen 2026 – wenn möglich – bereits aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

BSA: einstimmig

UMA: einstimmig

3./ Bauvorhaben Straßenausbau Kirchstraße (nur UMA)

Protokoll:

Zunächst wird festgestellt, dass im RIS nur eine Präsentation mit 2 Varianten zu finden sei.

Während sich CDU- und SPD-Fraktion für die Variante 3 aussprechen, plädiert die WLH-Fraktion wegen der größeren Schulwegsicherheit für Variante 2.

Stv. Braun-Kohl fragt nach der Beschaffenheit des Bauuntergrundes bzw. des Kanalzustandes an der Kirchstraße.

TA Mering erklärt, dass alle Versorgungsunternehmen im Vorfeld der Planungen bereits angeschrieben worden seien. Unter anderem würden die Stadtwerke ihre Gas- und Wasserleitungen erneuern. Der Kanal wäre in einem Bauabschnitt sanierungsbedürftig, aber statisch nicht gefährdet. Daher könne der Kanal mit einem grabenlosen Verfahren vor oder auch nach der Straßenbaumaßnahme erneuert werden. Zudem seien noch detailliertere Bodenuntersuchungen zu beauftragen.

Stv. Rehm möchte die Radwegführung separat diskutiert wissen.

Es besteht Einvernehmen, eine Entscheidung nur auf Grundlage korrekter Unterlagen treffen zu wollen und die Entscheidung in der kommenden Sitzung des HFA zu treffen.

Stv. Dürr erinnert an den Charakter dieser gemeinsamen Sitzung, die nicht zu einem zweiten Fachausschuss werden dürfe. Die Sachargumente seien ausgetauscht und Zeit, demokratische Entscheidungen zu akzeptieren.

Beschluss:

Aufgrund des auch weiterhin bestehenden Beratungsbedarfes wird ein Beschluss erst in der kommenden Sitzung des HFA angestrebt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Ersatz der Ampelanlage im Kreuzungsbereich Prälat-Marschall-Straße/Bahnstraße - hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.25 (nur UMA)

Protokoll:

Stv. Kaimer erläutert kurz den Antrag der CDU-Fraktion.

Stv. Lukat zeigt sich sehr überrascht über diesen Antrag, da **TA Mering** bereits vor längerer Zeit zugesichert habe, für Abhilfe zu sorgen.

TA Mering verdeutlicht, für das Haushaltsjahr seien zu diesem Zweck bereits 160.000 € eingestellt. Die Ampel lasse in ihrer Funktionstüchtigkeit aber immer mehr

nach und werde unzuverlässiger.

Stv. Kaimer bittet die Kollegen darum, die in Rede stehenden 160.000 € außerplanmäßig für dieses Jahr einzustellen und verweist auf die Wichtigkeit der Ampelanlage.

TA Mering gibt zu bedenken, dass im Falle des Totalausfalles die ersatzweise Installation einer mobilen Ampelanlage die Stadt teurer zu stehen komme.

Stv. Dürr nimmt Bezug auf seine vorherigen Äußerungen die gemeinsame Sitzung betreffend und erklärt, die SPD-Fraktion betrachte diesen Antrag als Einbringung und melde Beratungsbedarf an.

Stv. Kaimer erbittet sich eine grundsätzliche Erklärung bzw. ein Statement zum Antrag.

Die GAL-Fraktion sichert ihre Unterstützung für den Antrag zu.

Die WLH-Fraktion wünscht sich zur kommenden Sitzung des HFA eine Vorlage der Verwaltung, in welcher die finanziellen Auswirkungen und eine Einschätzung der Gefahrenlage bzw. Folgekosten aufgeführt werde.

Techn. Dez. Horst sieht die Sachlage als hinreichend bekannt an, sagt aber dennoch eine kurze Stellungnahme der Verwaltung zu.

Beschluss:

Aufgrund auch weiterhin noch bestehenden Beratungsbedarfes wird eine Beschlussfassung für die kommende Sitzung des HFA eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.